

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Zusage deutscher Tornados ohne Bundestagsmandat

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Den Anteil Deutscher in Internationalen Organisationen zu erhöhen, ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Anliegen deutscher Außenpolitik gemacht worden. Die Bundesrepublik Deutschland trägt mit der Bereitstellung und Entsendung von Soldatinnen und Soldaten in internationale Friedensmissionen zur Stärkung der Vereinten Nationen, der OSZE, der NATO und der EU bei. Der Deutsche Bundestag hat am 28. September 2006 der Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO (Bundestagsdrucksache 16/2573) mit großer Mehrheit zugestimmt. Mit bis zu 3 000 Soldaten stellt Deutschland das drittgrößte Einsatzkontingent der ISAF-Mission.
2. Die Bundesregierung prüft derzeit eine Anfrage der NATO zur Unterstützung der ISAF-Mission, insbesondere im Süden Afghanistans. Dabei ist die Bereitstellung von Tornado Aufklärungsflugzeugen in der Diskussion. Der Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen wäre qualitativ von erheblicher Bedeutung und ist vom Beschluss des Deutschen Bundestages nicht gedeckt. Weitere Einzelheiten sind bislang nicht bekannt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ohne die vorherige konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages keine verbindlichen Zusagen zur Bereitstellung von weiteren Kräften und Fähigkeiten der Bundeswehr für einen Einsatz im Süden Afghanistans vorzunehmen.

Berlin, den 17. Januar 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

